JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Doppel-Nummer 50/51 | 22. August 1919 | כ״ו אב תרע״ט | Preis 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Staatssekretär Rosenbaum über die litauische Frage.

Staatssekretär *Rosenbaum*, Mitglied der litauischen Friedensdelegation in Paris und des Komitees der Jüdischen Delegationen an der Friedenskonferenz, hatte die Freundlichkeit, gelegentlich eines kürzlichen Aufenthaltes in Zürich, einen Vertreter der „Jüdischen Presszentrale Zürich" zu empfangen und ihm nachstehendes Interview zu gewähren:

„Welche Bedeutung hat für die Zukunft Litauens die Besetzung von Wilna, Grodno, Bialystok und sonstiger litauischer Gebiete durch die Polen?"

„Diese Besetzung fand mit Genehmigung der Entente statt, die eine Demarkationslinie festgesetzt hatte. Diese Linie wurde ausschliesslich von militärischen Rücksichten bestimmt. Dabei hat die Entente sowohl an Litauen wie an Polen mehrmals die offizielle Mitteilung ergehen lassen, dass diese provisorische Besetzung als solche keinen Einfluss auf die spätere Festsetzung der Grenzen haben wird."

„Werden die Grenzen nicht durch ein Plebiszit bestimmt werden?"

„Voraussichtlich nicht. Allerdings scheint man in amerikanischen Kreisen dem Gedanken nicht abgeneigt zu sein. Allein, soweit bekannt ist, wird England diesem entschieden entgegentreten, und auch Italien ist gegen eine Entscheidung durch ein Plebiszit."

„Wie dürften die Grenzen Litauens gebildet sein?"

„Ein formaler Beschluss der Entente liegt noch nicht vor. Alles was man sagen kann, ist also nur hypothetisch. Allein, nach allem was wir wissen, dürfen wir annehmen, dass weder das Gouvernement Wilna mit der Hauptstadt, noch das Gouvernement Grodno den Polen zufallen werden".

„Finden Sie nicht, dass eine Entscheidung durch ein Plebiszit gerecht wäre?"

„Ich möchte mich nicht auf die theoretische Seite dieser Frage einlassen. Ich glaube, dass von diesem Standpunkt aus die Frage eines Plebiszits in Warschau und insbesondere in Lodz, wo die Polen eine unbestreitbare Minorität bilden, mit ebensolchem Recht aufgeworfen werden könnte. Diese Frage muss m. E. nicht nach abstrakten Theorien, sondern nach den tatsächlichen Zuständen entschieden werden, und diese liegen so, dass in allen fraglichen Städten die Juden die Majorität bilden. Diese werden nun durch Pogrome und Massakers eingeschüchtert, sodass ein Plebiszit nicht den wahren Willen des Volkes wiederspiegeln würde. Das eigentliche Resultat des Plebiszits wären Judenpogrome und Massakers, nicht nur in den Orten des Plebiszits, sondern in ganz Polen und Galizien."

„Welche Zuteilung würde am meisten den Interessen der Juden entsprechen?"

„Sowohl vom politischen als auch vom nationalen Standpunkt kann es darüber keine zwei Meinungen geben. Ich glaube nicht, dass selbst die Polen behaupten werden, dass die Angliederung dieser Gebiete im Interesse der Juden liege."

„Wie verhält es sich mit dem ökonomischen Interesse?"

„Ich höre, dass es darüber Meinungsverschiedenheiten gibt, was ich aber nicht begreife. Die Tätigkeit der Polen in den letzten Jahrzehnten ist darauf gerichtet, die Juden aus allen ökonomischen Gebieten zu verdrängen. Sie machen daraus kein Hehl, im Gegenteil, sie behaupten, dies sei ihre nationale Pflicht. Hingegen liegen die ökonomischen Verhältnisse so, dass sozusagen die Klasseneinteilung zwischen den Litauern und den Weissrussen einerseits und den Juden andererseits so, dass noch sehr lange Zeit für die Tätigkeit der Juden weitester Spielraum bleibt, ohne dass die Interessen der andersn beeinträchtigt würden. Im Gegenteil, die Interessen aller Bevölkerungsteile ergänzen sich gegenseitig und sind von einander bedingt. Namentlich ist aber für die jüdische Intelligenz im litauischen Staate ein weites Feld, wo sie mit Nutzen sowohl für sich, wie für die anderen tätig sein kann, während sie in Polen gänzlich verdrängt wird. Ich muss hinzufügen, dass die Trennung zwischen dem Politischen und Oekonomischen auf Kurzsichtigkeit beruht. Es ist dies ein Krämerstandpunkt. In Wirklichkeit läuft alles Politische aufs Oekonomische hinaus."

„Glauben Sie nicht, dass nach dem Vertrage der Grossmächte mit Polen die Juden gleichberechtigt sein werden, also keinen politischen Beschränkungen unterliegen werden?"

„Gewiss, ich habe die Zuversicht, dass die Polen den Vertrag mit den Grossmächten gewissenhaft erfüllen werden. Einmal werden sie doch zur Einsicht kommen, dass dasjenige was der Vertrag ihnen auferlegt, nichts anderes ist, als das, was ihren eigenen Interessen entspricht und für die Ruhe und den Fortschritt ihres Landes wünschenswert ist. Sie brauchen sich dazu nur diejenigen Ideen zu eigen zu machen, welche kein anderer als Dmowski selbst in Bezug auf Russland gepredigt hatt, allerdings nicht den Juden, sondern den Polen gegenüber. Allein diese Zeit scheint noch in weiter

Ferne zu liegen und gerade für den ökonomischen Schutz bietet der Vertrag fast gar keine Garantien. Es ist noch auf den Unterschied hinzuweisen, dass, während dieser Vertrag den Polen aufoktroyiert werden musste und sie noch immer fortfahren, gegen das Recht der Juden anzukämpfen, die Litauer den Juden ihre Rechte in viel grösserem Umfange gewähren und zwar ganz freiwillig. Dieser freie Wille entspringt den tatsächlichen kulturellen und ökonomischen Verhältnissen, hat also nicht nur subjektive, sondern auch objektive Begründung."

„Wie verhält es sich mit den Interessen der anderen, nichtjüdischen Teile der Bevölkerung?"

„So sehr ich auch Zionist und Nationaljude bin, so sehr mir die jüdischen Interessen teuer sind, so bin ich doch nicht soweit subjektiv, um die litauische Frage ausschliesslich vom Standpunkte der Juden aus zu beurteilen. Allein ich glaube, dass alles, was ich von den Juden gesagt habe, mutatis mutandis, auch von den anderen Teilen der Bevölkerung, z. B. von den Weissrussen, gesagt werden kann. So ist z. B. die Entnationalisierungsgefahr bei den Weissrussen, vor allem bei den katholischen, viel stärker und grösser, als bei den Juden. Dann aber halte ich es für unser gutes Recht, dass bei der Entscheidung der litauischen Frage die Interessen der Juden nicht in letzter Linie berücksichtigt werden sollen. Ich kann nicht genügend dagegen protestieren, dass die Polen diese Frage in irgend einer Weise behandeln, als wenn es in diesen bestrittenen Gebieten gar keine Juden gäbe. Die Juden wohnen in Litauen seit vielen Jahrhunderten, viel früher als die Polen. Sie sind die alleinigen Träger des ökonomischen Fortschrittes des Landes und haben zu dessen Kultur im allgemeinen unbestreitbar viel, um nicht zu sagen alles, beigetragen. Ich will nicht ungerecht sein und die Intelligenz der Polen verleugnen, allein die Polen als Grossgrundbesitzer bilden das konservierende Element des Landes, der Fortschritt auf allen Gebieten gehört aber den Juden. Ich will nur ein Beispiel anführen: Bialystok ist bekanntlich eine Fabrikstadt, jedoch gehört keine einzige Fabrik den Polen. Die Polen in Litauen haben seit Mickiewicz keinen einzigen grossen Schriftsteller hervorgebracht und Mickiewicz ist ein Litauer. Hingegen haben die Juden in derselben Zeit zwei grosse Literaturen dort geschaffen: die neuhebräische und die jiddische."

„Sind die Juden Litauens und Sie, Herr Minister, nicht polenfeindlich?"

„Durchaus nicht. Gewiss konnten Lemberg, Wilna und Pinsk nicht spurlos an unserem Bewusstsein und unseren Gefühlen vorbeigehen. Dies hiesse Uebermenschliches von uns verlangen, oder vielleicht umgekehrt etwas Unmenschliches, denn nur der Hund küsst den Stock, der ihn schlägt. Allein wir verstehen diese zeitweisen traurigen Erscheinungen als eben etwas Zeitweises aufzufassen. Wir wünschen und hoffen, dass die Polen die erreichte Freiheit und Selbständigkeit zu ihrem wahren Heil und Fortschritt ausnützen mögen. Ich als Zionist und Nationalist kann gar nicht anders denken und wir sind für die Freiheit und das Wohl aller Völker. Was wir aber wünschen ist, dass auch die Polen sich diesen Gesichtspunkt aneignen. Das freie Volk möge ein Ring in der Kette der freien Völker sein, nicht aber ein Unterdrücker anderer; sie, die für ihre Freiheit nicht mit Waffen, sondern mit Gerechtigkeitsgründen gekämpft haben, sollen und müssen die Konsequenzen ihrer eigenen, so schönen und erhabenen Ideen, auch in Bezug auf andere gelten lassen. Nicht durch Menschenhass wurden die Polen befreit, nicht durch Menschenhass werden sie ihre Freiheit behaupten. Wohl mögen die führenden Polen mit unserer Tätigkeit unzufrieden sein, von ihrem gegenwärtigen Standpunkt aus mögen sie sogar Recht haben, denn was wir wollen, ist nicht dasjenige was sie wollen, aber deshalb sind wir noch keine Feinde Polens, sondern nur Gegner einer gewissen Politik u. zw. nicht nur, weil diese Politik gegen uns ist, sondern weil diese Politik gegen die Humanität und Gerechtigkeit und — ich sage es mit grösster Bestimmtheit — gegen das Heil Polens gerichtet ist. Polen wird in den Juden ebenso treue Bürger haben, wie beispielsweise England und Amerika, nur muss es ihnen gegenüber auch so handeln wie England und Amerika. In diesem Sinne bewarheitet sich das Wort, „ein jedes Land hat die Juden, die es verdient".

Die Pogrome in Polen.

Standgerichte für Pogromverbrecher.

Der „Kuryer Polski" meldet: Mit Rücksicht auf die judenfeindliche Exzesse hat Ministerpräsident *Paderewski* die Weisung erteilt, dass jeder Schuldige vor ein Standgericht gestellt und binnen 24 Stunden abgeurteilt werden soll. Diese Bestimmung betrifft sowohl Militär- als auch Zivilpersonen. Die Gerichte werden bei geschlossenen Türen amtieren.

— Reuter meldet aus London: Der Korrespondent der „Morning Post", die seit einiger Zeit fast antisemitisch geworden ist und deren Meldungen entsprechend gewertet werden müssen, meldet aus Warschau; *Paderewski* hat eine sehr wichtige Massregel zum *Schutze der Juden* getroffen. Mehr als 40 Kriegsgerichte sind eingeführt worden, die alle Personen, die beschuldigt werden, sich gegen Juden vergangen zu haben, innerhalb 24 Stunden vor Gericht stellen. Diese Kriegsgerichte werden volle Freiheit der Jurisdiktion gegen Militär- und Zivilpersonen und auch in der Fällung des Urteils haben. Die Regierung beabsichtigt, das Volk zu überzeugen, dass sie fest entschlossen ist, gegen feindliche Akte den Juden gegenüber fest aufzutreten, und man erwartet, dass den zahlreichen Ausschreitungen gegen die Juden ein Ende gemacht wird. Der Besuch von Henry Morgenthau und anderen Persönlichkeiten im Auftrage des Präsidenten Wilson zur Untersuchung der Judenverfolgungen in Polen hat bereits eine gute Wirkung gehabt.

Der Korrespondet der „Morning Post" stellt den grossen Erfolg, den Morgenthau erzielt hat, fest. Der Besuch dieser Mission in Wilna hätte zur Folge gehabt, dass alle Juden, die noch in Wilna gefangen waren, in Freiheit gesetzt worden seien. (Die poln. Pressagenturen und polenfreundlichen Zeitungen beeilen sich im Auslande die Meldung über Einführung von Standgerichten für Pogromverbrecher zu verbreiten. Allerdings bleibt die Frage offen, weshalb man mit der ernstlichen Bekämpfung der Judenexcesse so lange gezögert hat und erst soviel jüdisches Blut vergossen werden musste, bis sich die Regierung zu energischem Einschreiten entschloss. Uebrigens beziehen sich alle Kommentare, sowohl die ausländischen, wie die der Waschauer Presse blos auf die vom „Kuryer Polski" gebrachte Meldung, während jede offizielle Verlautbarung über die tatsäch-

liche Anordnung von Standgerichten noch aussteht. Wir wollen noch bemerken, dass nicht nur die polnische Presse, sondern auch die jüdischen Zeitungen vorderhand der Sache skeptisch gegenüberstehen.)

Zu diesem Thema schreiben die „Dwa Grosze“: Wir sind sicher, dass der „Kuyrer Polski“ schlecht informiert wurde. Falls tatsächsich in irgend einer ministeriellen Kanzlei ein derartig ungeschicktes Programm aufgetaucht ist, dürfte dies keinesfalls auf eine Initiative Paderewskis zurückzuführen sein, da es eine Verletzung des Kardinalprinzips der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze ist. Jedes neue Privilegium für Juden, sei es uns von draussen aufoktroyiert, sei es durch unsere Regierung bestimmt, muss in höchstem Masse die christliche Bevölkerung aufreizen und zu Exzessen gegen die Juden treiben. Wir sind sicher, heisst es weiter, dass die Anordnung spezieller Feldgerichte, über die der „Kuyrer Polski“ berichtet, der letzte Tropfen sein wird, der den Becher der geradezu unbegrenzten polnischen Geduld zum Ueberlaufen bringen wird.

„Gazeta Warzawska“ ist erbittert darüber, dass zugunsten einer Bevölkerungsschicht Standgerichte eingeführt werden.

Die amerikanische Untersuchungskommission in Pinsk.

Warschau, 16. August. Die amerikanische Unterkommission, welche einige Tage in Pinsk geweilt hat, ist nach Warschau zurückgekehrt. Einige Mitglieder der Kommission teilten den hiesigen jüdischen Journalisten die Ergebnisse ihrer Untersuchungen mit und stellten fest, dass die 35 Erschossenen nach den Erhebungen vollständig unschuldig waren. Kein einziger unter ihnen gehörte der bolschewistischen Partei an, die Behörden, welche die Verhaftungen hatten vornehmen lassen, hatten von der politischen Zugehörigkeit der Erschossenen keine Ahnung. *In Bettak* wurden 72 Personen verhaftet, sämtliche auf den Ringplatz gebracht, an die Klostermauern gestellt und nach Entfernung der Greise und von sechs Frauen wurden die übrigen erschossen. (Wr. Morgenzeitung.)

— Im Gespräch mit Vertretern der Wilnaer jüdischen Gemeinde erklärte *Morgenthau,* daß er und General Jadwin nicht beabsichtigen, die traurigen Wilnaer Vorfälle mit irgend einer Benennung zu charakterisieren. Sie werden einfach das ganze gesammelte Material, wie auch die Erklärungen der Zeugen und alle Protokolle der ganzen zivilisierten Welt vorlegen, damit diese selbst sich ein Urteil über den Charakter dieser Geschehnisse bilden möge. Nach Abschluß der Untersuchungen werden alle 3 Mitglieder der Kommission sich nach der Schweiz oder einem anderen ruhigen Platz begeben, um dort das ganze Material nochmals durchzustudieren und dann erst ihr Urteil abgeben, resp. entsprechende Beschlüsse fassen.

Die angeblichen Instruktionen der Morgenthau-Kommission.

Der Pariser Korrespondent des „Kuryer Warszawski“ hatte angeblich in die vom Präsidenten Wilson dem Botschafter Morgenthau vor dessen Abreise nach Polen erteilte Instruktionen Einblick erhalten, in der es ausdrücklich geheissen haben soll, daß sich Morgenthau mit den angeblichen Pogromen und Exzessen, als bereits der Vergangenheit angehörend, nicht beschäftigen solle, sondern sich nur um die Besserung des zukünftigen Zusammenlebens der Polen und Juden zu bekümmern habe. Um die Unrichtigkeit, resp. Ungenauigkeit dieser Meldung festzustellen, legte Morgenthau den jüdischen Pressevertretern in Warschau die ihm vom Staatssekretär *Lansing* mitgegebene Original-Instruktion vor. Es wird darin ausdrücklich festgestellt, daß Paderewski, dem schon früher von Wilson gehegten Wunsche sich angeschlossen habe, eine Untersuchungskommission nach Polen zu entsenden, die die Richtigkeit der von den Juden aufgestellten Behauptungen klarzustellen haben werde. In der Instruktion wird allerdings auch betont, daß nach Durchführung der Untersuchung über die Pogrome, Metzeleien, ökonomischen Boykott und ähnliche Drangsalierungen der Juden, die Kommission auch den Ursachen dieser Vorfälle nachzugehen habe, um möglichst dagegen ein Heilmittel zu finden, da die Feststellung allein an und für sich nicht das ausschließliche Ziel der Kommission bilde.

Teilnahme amerikanischer Delegierter beim polnischen Einzuge in Minsk.

Laut „Dziennik Nowy“ hat Morgenthau bei dem Generalstabschef der vor Minsk kämpfenden Armee, Graf Szeptycki, durchgesetzt, dass der amerikanische Offizier, Professor Gothard, beim Einmarsch des polnischen Militärs in Minsk teilnehmen soll. Ausserdem hat Morgenthau einen Appell an die Minsker Juden erlassen, die in Minsk einmarschierenden polnischen Truppen freundlich zu empfangen. Dieser Appell wurde von polnischen Aeroplanen auf Minsk abgeworfen. Spätere Meldungen besagen, dass General Jadwin einige Tage vor Morgenthau Wilna verlassen habe und ebenfalls als einer der ersten in Minsk eingezogen sei.

England lässt die Pogrome in Polen untersuchen.

Im englischen Parlament erklärte der Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes auf eine Anfrage eines Deputierten, dass England die Entsendung zweier Kommissionen nach Polen beabsichtige, welche die Aufgabe haben werden, die polnischen Pogrome gründlich und objektiv zu untersuchen. Die englischen Delegierten werden sich wahrscheinlich mit der amerikanischen Kommission in Verbindung setzen.

— Der Deputierte *Cavendish Bentingk* stellte im Unterhause die Anfrage, ob dem Minister bekannt sei, dass Morgenthau erklärt habe, es liege nicht in seiner Absicht, die Pogrome und andere gegen die Juden verübten Mordtaten der Polen zu untersuchen, sondern blos die allgemeine Lage der Juden zu studieren. Werde man daher die englische Kommission, die sich nach Polen begibt, instruieren, selbständig ihre Aufgabe, die in der Untersuchung der Pogrome besteht, zu erfüllen? Harmsworth erklärte, dass tatsächlich eine Mitteilung vom englischen Gesandten in Warschau eingelangt sei, dass die Untersuchung der Morgenthau-Kommission sich nicht blos auf die schlechte Behandlung der Juden beschränkt, sondern auch das Studium ihrer ökonomischen Lage umfasse, welche mit dem allgemeinen ökonomischen Zustande des Landes eng verbunden ist. Was den zweiten Teil der Frage anbelangt, werde die englische Kommission bei der Untersuchung unabhängig von der Morgenthauischen Kommission vorgehen.

Abgeordneter *Kenworthy* stellte die Anfrage, ob ihm der Minister die Mitglieder der nach Polen sich begebenden Untersuchungskommission angeben könne, ferner wann die Kommission abreisen, und ob auch ein jüdischer Vertreter ihr angehören werde. *Harmsworth* antwortete, dass eine Einladung an zwei für diese Kommission bestimmte Mitglieder abgegangen sei, von einem sei jedoch bisher keine Antwort eingelaufen. Man hofft, auch einen *jüdischen* Vertreter für diese Kommission gewinnen zu können, zur vollständigen Zufriedenheit der jüdischen Gemeinschaft. Den Tag der Abreise könne er noch nicht bestimmen, aber es wird alles für die baldige Abreise der Kommission getan.

— Der „Hajnt“ berichtet, dass in Londoner national-jüdischen Kreisen gewünscht wird, *Israel Zangwill* als jüdisches Mitglied der Untersuchungs-Kommission bestimmt zu sehen. Zangwill soll seine Bereitwilligkeit für diese Aufgabe erklärt haben. Man zweifle jedoch sehr, ob der Regierung ein so radikaler Kandidat genehm sein wird. Viele angesehene jüdische Führer sind der Meinung, dass Zangwills Kandidatur die Probe dafür abgeben wird, ob es der Regierung mit der Untersuchung der Pogrome ernst sei oder ob sie dabei blos politische Tendenzen verfolgt.

— Das Zentralkomitee der Liga für Menschenrechte hat beschlossen, seinen Generalsekretär Henri *Guernut* nach Polen zur Untersuchung der Pogrome zu entsenden und der Oeffentlichkeit das Ergebnis seiner Enquete mitzuteilen.

Von der landtäglichen Pinsker Kommission.

Die Arbeiten der Pinsker Untersuchungskommission nähern sich ihrem Ende und es wird jetzt über die verschiedenen Resolutionen verhandelt, die dem Landtagsplenum vorgelegt werden sollen. Die von Abg. Grünbaum vorgelegte Resolution lautet: „Die Kommission stellt fest: In Pinsk hat man 34 Juden erschossen und 1 getötet, zusammen 35 Juden, darunter 33 Zionisten, 1 Poale Zionisten und 1 Unparteiischen. Es handelt sich zum Teil um Teilnehmer an einer legalen Versammlung einer zionistischen Kooperative, und um Leute, die im Lesesaal des Volkshauses waren, um legale Dinge zu erledigen. Einige von ihnen, darunter den Poale-Zionisten, reihte man erst auf der Strasse den Verhafteten zu, nachdem man dieselben erst aus den Häusern zu Zwangsarbeit geholt hatte, oder bei zufälligem Passieren der Kommandantur, wo schon eine Reihe Verhafteter stand. Man hat 34 *Unschuldige* erschossen, ohne Untersuchung und ohne Urteil und dabei nicht einmal ihre Namen festgestellt, alles laut Befehl des Majors Luczynski, Kommandierender der Gruppe Kobrin. Die Anordnung der Revision und die Verhaftungen wurden auf eine Denunziation zweier jüdischer Soldaten vorgenommen, die nicht nachgeprüft wurde und die sich nachher als falsch erwiesen hat. Die Revision und die Verhaftung ordnete ein Unteroffizier an, ohne den höheren Behörden Meldung zu erstatten, was eine schreiende Ungesetzlichkeit ist, und in ihren Folgen so tragisch endete. Bei der durch die wachthabenden Soldaten durchgeführten Revision kam den Verhafteten ihr Geld abhanden. Die Erschiessung selbst wurde vorgenommen entgegen allen Vorschriften, oder sonstigem bei solchen Vorfällen verpflichtenden Usus, wobei man Menschen bloß deshalb erschossen hat, weil sie jung waren oder jung aussahen. Selbst der Tod der Erschossenen wurde nicht festgestellt. Verwundete erhielten später den Gnadenstoß. Die der Exekution Entronnenen führte man ins Gefängnis ab. Während der Untersuchung wurden Frauen, darunter auch eine kranke, in Anwesenheit des Chefs der Gendarmerie und des Untersuchungschefs geschlagen. Es ist auch festgestellt worden, daß Gendarmen Bestechungen annahmen. General Listowski hat, ohne die Sache zu untersuchen, in einer Verlautbarung die Verordnung des Majors Luczynski zu Unrecht gelobt und der jüdischen Bevölkerung ungerechterweise eine Kontribution von 100.000 Rbl. auferlegt, was die antisemitische Agitation weiter genährt hat, und auf diese Weise noch mehr die polnisch-jüdischen Beziehungen in Pinsk und im ganzen Lande verschärft. Oberst Strzeminski, der durch den Generalstab zur Untersuchung der Angelegenheit entsandt wurde, hat die Untersuchung ungenügend und tendenziös durchgeführt, um so die Verordnungen des Majors Luczynski zu rechtfertigen. Die Kommission bestätigt weiter, daß die erwähnten ungesetzlichen und verbrecherischen Handlungen vor allem hervorgerufen wurden, durch die antijüdische Stimmung, die in militärischen Kreisen herrscht und die künstlich genährt wird durch gewisse politische Parteien, welche den gesellschaftlichen Instinkten, Instinkte von Judenhaß gegenüberstellen, und sich bestreben, ihnen unbequeme soziale Bewegungen auf diese Weise zu ersticken. Diese Stimmung verschärfte sich noch mehr, durch die am 6. April eingelaufenen Meldungen von der Front über die Vernichtung der Abteilung des Leutnant Zameczka, wie auch durch die unter dem Militär, hauptsächlich wegen der kleinen polnischen Garnison in Pinsk entstandene Panik. Deshalb schlägt die Kommission vor: 1. Die Regierung wird aufgefordert, diese Angelegenheit auf den richtigen Gerichtsweg zu leiten, um diejenigen, die sich an der Erschiessung unschuldiger Menschen und an der Peinigung der Verhafteten schuldig gemacht haben, wie auch die falschen Denunzianten zur Verantwortung zu ziehen. 2. Die bei der jüdischen Bevölkerung ungesetzlich erhobene Kontribution zurückzuerstatten und die Familien der unschuldig Erschossenen zu entschädigen.“

Die Pogrome in der Ukraine.

Das jüdische Pressbüro in Stockholm meldet:

In Odessa ist ein jüdisches Sammelbuch „Die Zeit“ erschienen, welches den Opfern der Pogrome in der Ukraine gewidmet ist. Ausser den schon bekannten Angaben über die Pogrome in Berditschew, Gitomir, Proskurow, Felstin u. s. w. sind in dieser Ausgabe auch neuere Daten enthalten, über Pogrome, die schon nach April vorgekommen sind. Die grössten davon kamen in jenem Teile der Ukraine vor, der zum Schauplatz der Aufstände der gewesenen bolschewistischen Anhänger Gregoriew und Zeleni gegen die Rätemacht wurde.

Das erwähnte Sammelbuch beschreibt Szenen, die an das siebzehnte Jahrhundert erinnern. Es stehen grosse Dörfer auf, bewaffnen sich mit Hacken, Sensen und Heugabeln und werfen sich auf die umliegenden Städtchen, die von Juden bewohnt sind, um deren Bevölkerung einfach abzuschlachten. Es ist leider zu verzeichnen, dass ein bedeutender Teil der ukrainischen Intelligenz sich an diesem Blutbade beteiligt. Unter

schrecklichen Martern werden die Opfer zu Tode gequält. Auf diese Weise wurden in Jelissawetgrad 3000 Juden ermordet, in Tscherkassi ca. 2000, in Radomysl 1000, in Kriwoje-Osero 700, in Haissin 500, in Litin über 400.

In einer ganzen Reihe von Orten ist eine Opferzahl von 20 bis 200 zu verzeichnen. In manchen Orten ist die ganze jüdische Bevölkerung ausgeschlachtet, z. B. in Metschibosch, Kublisch, Alexandrowka, Jabokritsch. In andern grösseren Punkten ist es infolge Kommunikationsschwierigkeiten nicht gelungen, die Zahl der Opfer festzustellen, die aber dort sehr bedeutend sein sollen. Darunter ist Uman, Krementschug, Balta, Wassilkow, Zwenigorodka. Eine jüdische Kolonie, Bobry, ist so vollständig abgeschlachtet, dass von ihrer ganzen Bevölkerung nur eine Frau mit 5 Kindern leben geblieben sind.

Die allgemeine Zahl der Opfer in der Ukraine ist bestimmt mit Zehntausenden anzunehmen. Die meisten Besorgnisse erregt die Tatsache, dass die Pogromwelle noch nicht zum Abschluss gekommen ist. Es sind glaubwürdige Nachrichten vorhanden, die über neue Judenpogrome in den Teilen der Ukraine, die gegenwärtig von Denikin besetzt sind, berichten. Deren Umfang und Opferzahl lassen sich vorläufig nicht bestimmen.

Pogrom in Charkow.

Russische Zeitungen vom 20. Juli berichten aus Odessa: Ein Flüchtling aus Charkow teilt mit, daß nach der Einnahme von Charkow durch Denikin, dort ein furchtbarer Pogrom stattgefunden habe.

Pogrom in Zmerinka.

Aus der Ukraine in Lemberg eingetroffene Reisende bestätigen die Nachrichten über einen von den Ukrainern in Zmerinka veranstalteten Judenpogrom. Die Zahl der Toten übersteigt 450.

Der Pogrom in Odessa.

Die Warschauer jüdischen Tageszeitungen bringen einen ausführlichen Bericht einer vertrauenswürdigen Person, die soeben aus Odessa zurückgekehrt ist, wonach alle Nachrichten über den Judenpogrom in Odessa auf Unwahrheit beruhen. Odessa befindet sich auch weiterhin in der Hand der Bolschewisten. Der Informator hat zusammen mit dem polnischen Konsul in Odessa, im Austausch gegen aus England zurückgegehrte Russen, Odessa auf französischen Schiffen verlassen.

Moskau, 6. August. Aus Tschernigow wird gemeldet, dass im Kreise *Owruzk,* Gouvernement Wolhynien von den Banden Petljuras im Verein mit polnischen Truppen neue Judenpogrome veranstaltet worden sind, wobei viele Juden getötet wurden. Am meisten gelitten hat des Städtchen *Slowecko.* (Wr. Morgenzeitung.)

— Nach Warschau ist aus der Ukraine der bekannte Zionist, Advokat *Goldstein,* gekommen, um dort ein ausführliches Memorandum wegen der Judenmetzeleien in der Ukraine auszuarbeiten, das der Morgenthau-Kommission überreicht werden soll. Auch eine Kommission ukrainischer Polen, mit Graf *Potocki* an der Spitze, suchte Morgenthau auf, um ihn wegen der Juden-Schlächtereien in der Ukraine zu informieren. Hauptzweck dieser Delegation ist, die amerikanische Kommission zu überzeugen, daß die Pogrome in Polen eine Bagatelle sind im Vergleich zu denen in der Ukraine.

Einheitsfront gegen Judenpogrome.

Ein internationales Vorgehen gegen die Judenpogrome im Osten Europas, schlägt der Leiter der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung, Berlin-Halensee, in einer Zuschrift an das Anti-Pogrom-Komitee in Amsterdam vor. In dem Brief, der im „Algemeen Handelsblad" in Amsterdam veröffentlicht wird, heisst es u. a.:

„Seit Jahren verfolge ich tieferschüttert die grauenhaften Massacre, die immer wieder im Osten Europas gegen Juden veranstaltet werden. Ohne selbst Jude zu sein, haben diese abscheulichen Mordtaten mich immer wieder aufs tiefste empört. Immer wieder habe ich mich gefragt, warum das internationale Judentum, das doch kulturell und wirtschaftlich einen so ungeheuren Machtfaktor repräsentiert, sich nicht endlich zusammenschliesst, das Gewissen der Welt aufrüttelt und durch die Macht seines Einflusses die Kulturwelt zwingt, diesen schamlosen entsetzlichen Greueln ein Ende zu bereiten . . . An vielen Plätzen der Erde ist der Antisemitismus wieder mächtig aufgelodert, vielfach schwelt er, vorläufig noch unsichtbar, unter der Oberfläche. Genährt wird er dadurch, dass immer wieder als Führer des Bolschewismus und der Anarchie Juden auftreten. Keine menschlich schönere und kulturell bedeutendere Aktion könnte das internationale Judentum unternehmen, als wenn es sich schnellstens der kleinen Elitegruppe holländischer Gelehrten anschliesst, die im Begriff ist einen „Bund der Weltbürger" zu gründen. Die Judengreuel in Polen sind keine konfessionelle Frage, sie sind ein Menschheitsproblem! Und alle sittlich empfindenden Menschen der Welt werden bereit sein, dem internationalen Judentum zu helfen, dieser entsetzlichen Schmach ein Ende zu bereiten. Alle Religionen müssen dagegen protestieren, denn vor den letzten Forderungen des Sittengesetzes gibt es keine konfessionellen Unterschiede. Der „Bund der Weltbürger" will eine internationale Einheitsfront herstellen aus allen geistig und sittlich hochstehenden Menschen der Welt, gleichgültig welche Nationalität, welche Konfession und welchen Beruf sie haben. Eine Einheitsfront aus allen Menschen, die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, die Menschheit wieder aus dem Sumpf von Hass und Misstrauen herauszuführen, in den sie geraten ist."

Das Mandat über Palästina.

Die zionistischen Führer vor der Mandats-Kommission.

Wie dem Warschauer „Judiszem Folk" aus Paris gemeldet wird, hatte die Mandats-Kommission der Friedenskonferenz am 8. August über die Frage bezüglich des Mandates über Palästina zu beraten. Zu diesem Zwecke sind Weizmann aus der Schweiz, Brandeis aus Palästina und Frankfurter aus Warschau, nach Paris zurückgekehrt.

— Der Pariser Korrespondent des „Judiszen Folk" berichtet aus sicherer Quelle, dass die Frage der Mandate im Orient, die jetzt vor einer speziellen Kommission behandelt wird, sich folgendermassen verhält: Frankreich betont, dass, nachdem man jetzt kein Plebiszit in diesen unruhigen Provinzen anordnen könne und andererseits Amerika die französisch-englische Abmachung von 1916 nicht anerkennen will, man vorderhand sich an ein anderes Prinzip halten soll. Diese Gebiete sollen vorerst durch das Militär derjenigen Grossmacht, die dort

die grössten Interessen hat, besetzt werden. Damit kann natürlich nur Frankreich gemeint sein, da sich der grösste Teil der türkischen Anleihen in seinem Besitze befindet. Anderseits denkt man, dass Amerika, falls es das Mandat über Armenien annehmen würde, auch in der türkischen Frage ein grosses Wort mitzusprechen haben wird. Sonst wird diese Frage hauptsächlich zwischen England und Frankreich erledigt werden.

Amerikas Mandat in der Türkei.

Laut „Perseveranza" nimmt man in politischen Kreisen an, dass der amerikanische Friedensdelegierte *Polk* bestimmte Weisung erhalten habe, im Rate der Alliierten den Willen der Vereinigten Staaten auf Erlangung eines Mandates in der Türkei durchzusetzen,

Frankreich und Syrien.

Der vatikanische Mitarbeiter der „Deutschen Allg. Ztg." vom 14. Aug. schreibt: Nachdem die zur Untersuchung der „jahrhundertealten Rechte Frankreichs in Syrien" eingesetzte amerikanische Kommission zuungunsten Frankreichs, und wohl zugunsten des Zionismus (Die Spationierung stammt von uns. J.P.Z.) entschieden hat, wird von der französischen Regierung die ganze katholische Presse zum Sturme gegen dieses Urteil und für seine Berichtigung durch die Pariser Friedenskonferenz vorgeschickt. Diese französische Presse versucht mit allen verfügbaren Mitteln und Personen Stimmung im Vatikan für die Ansprüche Frankreichs auf das Protektorat in Syrien zu machen. „Denn", schreibt sie, „in einer Angelegenheit von so ausserordentlichen Bedeutung hat das letzte Wort doch der Heilige Stuhl zu sprechen."

Zur Unterstützung wird sich nun der Kardinal-Erzbischof von Rouen, *Duboisin*, Ende September in diplomatischer Sendung nach dem Orient begeben; von ihr verspricht sich Clemenceau dieselben Ergebnisse wie sie seinerzeit Kardinal Langénieux im Jahre 1893 nach Hause gebracht hat. Zuerst wollte Clemenceau den Pariser Kardinal Amette schicken, aber dies war nicht möglich, da diese Reise mindestens einige Monate Abwesenheit von Paris bedingt hätte. Kardinal Duboisin hat u. a. auch die Aufgabe, in Syrien verschiedene französische religiöse Niederlassungen zu besuchen und allen Katholiken in den Stapelplätzen der Levante zu versichern, dass Frankreich sie nicht verlassen wird und entschlossen sei, sie mit seinem Schutze zu decken und ihre Zukunft sicherzustellen, ganz so wie es jüngst Clemenceau auf der Friedenskonferenz dargelegt habe.

— Wie der „Temps" meldet, berichtet eine Zeitung in Alexandrien, dass der „Verwaltungsrat des Libanon" beschlossen hat:

1. dass die politische und administrative Unabhängigkeit des Libanon in seinen natürlichen und historischen Grenzen proklamiert und dass die vom Libanon losgerissenen Gegenden hinfort als ein Teil desselben betrachtet werden sollen;

2. dass die Regierung des Libanon und die französische Regierung, welche ihr Unterstützung leiht, sich über die ökonomischen Beziehungen zwischen dem Libanon und den benachbarten Regierungen einigen sollen.

Dazu bemerkt die Zeitschrift „Palestine": Wir gestehen, nicht zu wissen, was der eigentliche Ursprung des „Verwaltungsrates des Libanon" ist oder was ihn berechtigen kann, für die Bevölkerung des Libanon zu sprechen. Klar ist nur das eine, dass der Libanon und dass diese Körperschaft unter französischer Leitung steht und dass sie dazu dienen soll, die Absichten der dortigen Vertreter des französischen Auswärtigen Amtes zu fördern. Wir wissen nicht, was mit den natürlichen und historischen Grenzen des Libanon oder was mit dem Gebiet, das vom Libanon losgerissen ist, gemeint ist; vermutlich ist an eine andere und weiter ausgedehnte Grenze gedacht, als die Verwaltungsgrenze des Libanon, wie sie unter türkischer Regierung seit langer Zeit bestanden hat. Wenn wir uns an den Geheimvertrag Sykos-Picot und an die französischen Ansprüche erinnern, so vermuten wir, dass die Absicht besteht, Galiläa vom jüdischen Palästina trennen zu wollen, indem man für diese Gegend willkürlich den Namen Libanon anwendet. Das Manöver ist nicht sehr geschickt und wird keinen guten Eindruck machen. Wir wissen nicht, wie die französischen Politiker, die jetzt Kunststückchen mit einem unabhängigen Libanon machen, diese mit ihrer alten Schöpfung, dem „integralen Syrien," in Einklang bringen. Ist es noch nicht an der Zeit, dass ernste französische Staatsmänner diesem gegen ein jüdisches Palästina gerichteten Treiben eine Ende setzen? Ein jüdisches Palästina ist sicher und ebenso sicher ist es, dass es ein ungeteiltes jüdisches Palästina sein wird. Warum sollte sich Frankreich in Gegensatz zu etwas setzen, was kommen muss? Es entfremdet sich damit nur das jüdische Volk, das den ehrlichen Wunsch hat, gut Freund mit Frankreich zu sein, wenn ihm dies die französische Politik nur gestattet. Die Klugheit, wenn kein höheres Motiv, sollte die baldigste Anpassung an die Wirklichkeit empfehlen.

— Das Pariser „Petit Journal" meldet aus London: Die englische Presse gibt eine interessante Erklärung wieder, welche kürzlich von *Lord Curzon* in einem Privatgespräch abgegeben wurde. Lord Curzon, welcher zur Zeit Lord Robert Cecil im Auswärtigen Amt vertritt, hat ausdrücklich versichert, dass die Gerüchte, welche von einem Auseinandergehen der Ansichten Frankreichs und Englands in bezug auf Syrien reden, ungenau sind. „Die britische Regierung", fügte der Minister bei, „hat niemals Absichten auf Syrien gehabt. Weit davon entfernt, den Ansprüchen Frankreichs in dieser Richtung entgegenzutreten, hat sie diese im Gegenteil auf der Friedenskonferenz stets im freundschaftlichsten Sinne und ohne einen Hintergedanken unterstützt".

— Der maronitische Patriarch von Antiochien, Elias Petrus *Huayek*, der zurzeit in Rom weilt, wird sich demnächst zur Friedenskonferenz nach Paris begeben, um dort die *Autonomie des Libanon* zu betreiben und die französischen Ansprüche auf das Protektorat in Kleinasien und Syrien zu unterstützen.

Die Hedschasbahn.

Das Organ der Engländer *„Palestine"* wendet sich in No. 20 in einem „Die Hedschasbahn" betitelten Artikel aufs entschiedenste gegen die völlige Ueberlassung der Hedschasbahn an die Araber, und führt strategische, wirtschaftliche und politische Gründe an, aus denen heraus die Entwicklung eines jüdischen Palästina durch einen derartigen Akt gefährdet und jedenfalls ausserordentlich gehemmt würde. Der Artikel gelangt zu folgendem Schlussergebnis: „Wenn die Eisenbahn nicht jüdisch werden kann, so sollte sie der direkten Verwaltung seitens einer Reichsbehörde unterstellt werden,

die sich im Verteidigungsfalle auf Palästina verlassen könnte und das notwendige Ansehen besässe, um die Sicherheit der Eisenbahn zu gewährleisten. Die Eisenbahn würde dann die Grenzlinie zwischen Palästina und Arabien bilden: das blosse Vorhandensein dieser klar erkennbaren und unverrückbaren Grenzlinie würde für die Vermeidung vieler Konfliktsmöglichkeiten bürgen.

Von der Poale-Zionistischen Beratung in Stockholm.

Herr *L. Chasanowitsch,* Mitglied des Poale-Zionistischen Verbandsbüros in Stockholm, hatte die Freundlichkeit, der „Jüdischen Presszentrale Zürich“, über die Stockholmer Verhandlungen und Beschlüsse folgende Informationen zu erteilen:

„Ende Juli fand in Stockholm eine Beratung des allweltlichen Poale-Zion-Verbandes statt, an welcher auch Vertreter der Poale-Zion aus Polen und der Ukraine teilnahmen. Die Beratung befasste sich mit einer Reihe aktueller Probleme des jüdischen Arbeiterlebens, wie auch mit sonstigen aktuellen jüdischen Fragen und mit verschiedenen organisatorischen und politischen Angelegenheiten des Poale-Zion-Verbandes. Einer der wichtigsten Beschlüsse der Beratungen war die Einberufung eines jüdischen Arbeiter-Weltkongresses. Zu diesem Zweck wird sich das Verbandsbüro der Poale-Zion mit allen in Betracht kommenden jüdischen Arbeiter-Organisationen der Welt in Verbindung setzen. Die Stellung des Poale-Zion-Verbandes zum zionistischen Weltkongress wurde an der Beratung nur gestreift und wird wahrscheinlich noch auf demnächstigen Beratungen behandelt werden, die nach Rückkehr der Delegierten von der Luzerner Konferenz und nach Ankunft einiger Delegierten aus Polen, England und Amerika, stattfinden wird. Die in No. 49 Ihrer geschätzten Mitteilungen über einen Antrag und Beschlussfassung über den Nicht-Austritt aus der zionistischen Organisation, beruht auf einem Irrtum (wir hatten die Nachricht der Londoner poale-zionistischen „Jewish Times“ entnommen. J.P.Z.) Der gemeinte Antrag bezog sich auf den Austritt aus der zweiten Internationale. Diese Frage wurde eingehend diskutiert und es wurde beschlossen, auf Grund des „tatsächlichen Zustandes,“ — so heisst es im Wortlaut des Beschlusses buchstäblich — in der zweiten Internationale zu verbleiben. Das Verbandsbüro wurde beauftragt, die mit der Frage der Diktatur und Demokratie zusammenhängenden Probleme zu studieren, welche Probleme man dann auf der nächsten statuarisch einberufenen Weltkonferenz der Poale-Zion behandeln wird.“

Bund und Palästina.

— Bezüglich der von uns in Nr. 45/46 gebrachten Meldung, wonach der „Bund“ sich zugunsten Palästinas ausgesprochen hätte, ist es uns gelungen festzustellen, dass diese Nachricht, die aus Londoner jüdischen Zeitungen stammt (Siehe J.P.Z. No. 49) nicht den Tatsachen entspricht. Die Bundisten versandten vielmehr eine Erklärung an die Delegierten der Luzerner Sozialisten-Konferenz und an die Presse, in der sie gegen die Annahme von „zionistischen“ Beschlüssen, die in ihrer Abwesenheit an der Internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam gefasst worden sind, protestieren. Die Erklärung ist unterzeichnet von den Delegierten des Bundes in der Internationalen Permanenzkommission, *Kursky* und *Kossowsky.* Sonderbarerweise waren die genannten Herren, die sich darüber beklagen, dass in ihrer Abwesenheit Beschlüsse über die jüdischen Fragen gefasst werden, nicht nur in Amsterdam, sondern auch in Luzern abwesend, obgleich sie von Genf aus die Konferenz in Luzern ohne jegliche Schwierigkeiten hätten erreichen können.

Wie wir hören, hat der Protest der „Bundisten“ auf die Mitglieder der Konferenz nicht den geringsten Eindruck gemacht. Die Nichtbeteiligung der Herren Kursky und Kossowsky soll darauf zurückzuführen sein, dass ihre Partei in Polen mit ihrer Haltung in allgemein politischen Fragen unzufrieden war und von ihnen verlangte, dass sie an der Konferenz nur zu jüdischen Fragen Stellung nehmen sollen. Die Herren Kursky und Kossowsky zogen es daher vor, sich zu absentieren, wodurch ihr Protest auch formell jeden Sinn verloren hat.

Nordau für „offene Tür“ in Palästina.

In einem in der „Jewish Times“ veröffentlichten Interview bedauert Prof. *Yahuda* außerordentlich, daß es *Nordau* unmöglich war, an der Londoner zionistischen Konferenz teilzunehmen. Nachdem Nordau eine Einladung zu der Londoner Konferenz erhalten hatte, hätten die Zionistenführer trotz aller Schwierigkeiten, Nordau eine Einreisebewilligung nach London verschaffen müssen. Es wäre ein leichtes gewesen, den Vorwurf, Nordau sei ein deutscher Agent, zu entkräften und die englische Regierung von seiner Ententefreundlichkeit zu überzeugen. Yahuda dringt darauf, daß Nordau ehestens nach London gebracht werde, um dort den ihm gebührenden Platz einzunehmen. Nach seinem Empfinden besteht die Gefahr, daß das Mandat ohne energische Aktion eine Art „Milch und Wasser-Mandat“ sein wird. Gleichzeitig bedauert Yahuda, daß Nordau sich nicht abhalten lasse in *Privatbriefen* an Freunde, Kritik an der jetzigen Führung der zionistischen Partei zu üben, die dann an die Oeffentlichkeit gezogen wird. (Dieser Vorwurf Yahudas bezieht sich augenscheinlich auf den von der „Jewish Times“ veröffentlichten Brief Nordaus, den wir in Nr. 49 der J.P.Z. wiedergegeben haben.)

Daß Nordau jedoch selber wünscht, seine Vorwürfe und kritischen Aeusserungen in die Oeffentlichkeit zu bringen, beweist ein von ihm an die in Jerusalem erscheinenden „Hadshoth Haaretz“ gerichtetes Schreiben, das wir hier gekürzt und sinngemäß wiedergeben:

Nachdem Nordau seine Freude über das Wiedererscheinen einer hebräischen Tageszeitung in Palästina ausdrückt, und aufs schmerzlichste bedauert, sich an diese Zeitung in einer fremden und nicht in unserer nationalen Sprache wenden zu müssen, betont Nordau: Millionen harren des Augenblicks nach Palästina heimzukehren. Er sei voller Zorn gegen die Feiglinge, die fortwährend betonen, man könne nur mit Ueberlegung und Vorsicht handeln, und die Immigration könne nur äusserst langsam und nur in kleinem Maßstabe vor sich gehen, sodaß vielleicht in 50 Jahren einige Hunderttausende im Lande unserer Väter sein werden. Es sei dies eine sehr bequeme These, die keine Gefahr in sich berge; sie verlange keine Verantwortlichkeit seitens derjenigen, die sich rühmen, die Bewegung der Wiederbesiedelung und der Rückkehr nach Zion zu leiten. Sie erfordere keine neuen fruchtbaren Gedanken, keine organisatorische Energie und kein schöpferisches Genie. Es sei die allereinfachste Lösung dieses Problemes, es

zu umgehen. Wegen der paar Tausend jährlichen Immigranten brauche man sich nicht zu ängstigen. Diese werden niemand in Verlegenheit bringen, denn schlimmstenfalls könne man sie ja als Pensionäre aushalten und ihnen eventuell eine neue „Chaluka“ geben. Der jetzige große Moment stellt uns ganz andere Aufgaben. Wir müssen in unserem Denken uud Schaffen viel großzügiger sein. Unsere Massen wollen den blutgetränkten Staub von ihren Füssen abschütteln und zwar nicht in 50 Jahren und nicht morgen, sondern heute. Nachdem sie wie Helden in den höllischen Jahren des Weltkrieges gekämpft haben, wollen sie heute ein freies Volk werden, geachtet und aller menschlichen und nationalen Rechte teilhaft. Hat man uns denn nicht Palästina feierlichts versprochen? Sollte man jetzt mit uns unbarmherzig Spott treiben und die Türe vor uns schliessen, so müssten wir vor der ganzen Welt lautesten Protest erheben gegen diejenigen, die uns irre geführt haben, und vor dem Völkerbund unser Recht fordern. Diejenigen, die behaupten, Palästina sei nicht imstande, Millionen Einwohner zu ernähren, befänden sich im Irrtum. Nicht das Land ernährt seine Einwohner, sondern die Bewohner eines Landes sind es, die erst die Volkswirtschaft schaffen. Sie heben sie, indem sie sich der natürlichen Hilfsquellen des Landes bedienen, durch Arbeit, Erfindungen und Neugründungen. Je mehr ihrer werden, desto rascher schaffen sie den Reichtum, sowohl für den Einzelnen wie für die Gesamtheit. Es ist nichts Paradoxes, sondern Tatsache, Axiom: ein Land, in dem Hunderttausende Hunger leiden, ernährt Millionen. Deshalb müssen wir laut und energisch fordern, daß man uns die Tore des Landes sperrangelweit öffne, ohne uns irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen. Wir wollen in Massen nach Palästina kommen, ohne jegliche Einschränkung. Ein oder mehrere Jahre noch werden wir Avancen von unseren Brüdern ausserhalb des Landes fordern, als Hilfe für den Anfang. Nachher werden wir gekräftigt aus der Bedrängnis hervorgehen. Ueber das *wie* ängstige er sich auch keinen Augenblick, da er sein Volk genügend kenne.

Chronik.

Polen.

Judenauschreitungen in Lodz.

— Neue Misshandlungen von Juden haben sich wieder in Lodz ereignet. An der Ecke der Ziegel- und Kontnastrasse, trafen zwei Soldaten der Haller-Truppen am 29. Juli einen ärmlich gekleideten Juden. Sie ergriffen ihn und versuchten ihm den Bart abzuschneiden. Auf die Hilferufe des Juden eilten andere Juden, darunter ein kräftiger jüdischer Fleischergeselle, ihm zu Hilfe, doch gelang es nicht, den Unglücklichen von den Soldaten zu befreien. Er blieb am Schlusse des Kampfes von sieben Bajonettenstichen durchbohrt, tot am Boden liegen. Es handelte sich um den jüdischen Händler Silberzweig. Bei dem Kampf wurden noch sieben andere Juden schwer verwundet. Am Tage der Beerdigung des Opfers der polnischen Soldaten schlossen die Lodzer Juden zum Zeichen der Trauer in der Hauptgeschäftszeit von 10 bis 12 Uhr vormittags sämtliche Läden. Bezeichnend für die antisemitische Gesinnung des Lodzer Polizeimeisters Zbrozek, der aus Galizien stammt, ist, dass im Anschluss an die Ausschreitungeu eine ganze Anzahl Juden verhaftet wurde. (K. f. d. O.)

Freisprechung von Pogromhelden.

Der Prozess gegen die Beschuldigten in der Veranstaltung des Kielzer Pogroms ist im Kielzer Kreisgericht beendet worden. Die Hauptschuldigen und Hauptveranstalter dieses Pogroms wurden befreit. Nach ihren Aussagen wurden sie dank hoher Protektion freigelassen.

— Laut „Moment“ wurden auf der Station Pulawy zwei betende Juden vom Stationschef aus dem Zuge entfernt und dafür, dass sie sich erlaubten im Zuge zu beten, mit 20 Kronen bestraft.

— Professor *Baudouin de Courtenay* veröffentlicht in der „Gazeta Polska“ eine Artikelserie: „Der polnische Staat und die Juden in Polen“. Im zweiten Artikel heisst es u. a.: Den Juden müssen nationale Rechte ebenso zugesichert werden, wie allen andern Nationalitäten, da die Juden vielleicht mehr das Recht haben sich als besondere Nationalität zu betrachten, als alle anderen Völker und Nationen Europas. Im dritten Artikel heisst es, dass die Juden vor allem das Recht haben für sich besondere Schulen zu fordern, unter Aufsicht und mit Unterstützung des Staates. Es wäre sehr erwünscht, dass an der polnischen Universität ein Lehrstuhl für neujüdische Philologie und jüdische Folkloristik geschaffen werde, abgesehen von jüdischer Geschichte und hebräischer Philologie, die einen speziellen Teil der Semitologie bilden. Die Polen ignorieren beständig die Existenz einer besonderen jüdischen geistigen Bewegung und literarisch-schöpferischen Arbeit der Juden. Auch wenn man die Juden als Feinde betrachtet, müsste man sie doch zuerst genauer kennen, um sie besser bekämpfen zu können. Falls man aber eine Annäherung und ein friedliches Zusammenarbeiten erstrebt, so ist doch die erste Bedingung dafür gegenseitiges Erkennen und Verstehen.

Judenfeindlichkeit der polnischen Sozialisten.

Der Krakauer „Naprzód“, das Organ der poln. Sozialdemokratie, sucht neuerdings mit seinem Chauvinismus die reaktionären Blätter zu übertrumpfen. Er schreibt u. a.: „Als Paderewski den Punkt über die jüdischen Rechte im Friedensvertrage besprach, sagte er, es handle sich nicht um die Rechte selbst, sondern nur um die Art, wie den Polen die Verpflichtungen auferlegt worden seien. Die Rechte selbst hätten sie den Juden allein gegeben. Das ist nicht wahr. Kein polnischer Reichstag hätte beschlossen, das jüdische Ghetto in Polen zu verewigen und aus ihm einen besonderen politischen Organismus zu machen.“

Stadtratwahlen am Sabbath.

In Ciechauów, Groice und verschiedenen anderen Orten wurden die Stadtratswahlen für Samstag ausgeschrieben, unter Hinwegsetzung über die Bestimmungen des soeben ratifizierten Friedensvertrages. Die jüdische Bevölkerung erwähnter Städte wandte sich an den zeitweiligen jüdischen Nationalrat in Warschau um Intervention.

— Sämtliche jüdische Tageszeitungen Warschaus wurden wegen Veröffentlichung, des dem Botschafter Morgenthau durch die jüdische Gemeinde in Wilna,

betreffs der dortigen Vorfälle überreichten Memorandums, konfisziert.

— Die jüdische Fraktion des Bialystoker Stadtkomitees machte den Stadtpräsidenten aufmerksam, dass bei den städtischen Arbeiten die Juden nicht in dem ihnen zukommenden Prozentsatze beschäftigt seien. Der Stadtpräsident gab zu, dass dadurch den Juden ein Unrecht geschehe und verordnete, dass Juden und Christen in gleicher Zahl zugelassen werden sollen.

— Abg. Rabbiner *Perlmutter* hat sich am 11. Aug. aus Warschau via Paris nach Holland begeben.

Galizien.

Ausschluss jüdischer Offiziere aus der polnischen Armee.

„Laut „Nowy Dziennik“ wurde den jüdischen Offizieren, die infolge des Rekrutierungs-Befehles vom 17. Juni sich zur Dienstleistung gemeldet hatten, von einem nach Krakau gekommenen Delegierten des Warschauer Kriegsministeriums eine Deklaration über ihre Nationalität zur Unterfertigung vorgelegt. Die meisten jüdischen Offiziere bekannten sich zur jüdischen Nationalität, worauf sie eine schriftliche Erklärung bekamen, dass laut der Verordnung des Kriegsministeriums vom 30. April 1919 der Rekrutierungsbefehl auf sie keine Anwendung finde. Sie werden desshalb aus dem Militärdienst entlassen. Die jüdischen Offiziere sandten einen telegraphischen Protest an Pilsudski und den polnischen Kriegsminister.

Entlassung jüdischer Volksschullehrer.

Sämtlichen jüdischen Volksschullehrern in Ostgalizien wurde vom Vorsitzenden der Kommission des Landesschulrates in Stanislau, Jessenitzki, eine Erklärung zugeschickt, dass sie infolge ihrer Eidesleistung zur Zeit der ukrainischen Herrschaft jetzt in die polnischen Schulen nicht übernommen werden. Charakteristisch ist, dass ukrainische Lehrer, die sich jetzt zum Dienste melden, ohne weiteres angenommen werden. Den polnischen Lehrern, die seinerzeit den Ukrainern den Eid geleistet haben, werden ebenfalls keine Schwierigkeiten gemacht. Damit ist es klar, dass es sich um eine Massregel handelt, die zielbewusst auf die Entfernung der jüdischen Lehrkräfte arbeitet.

— 1500 aus Böhmen ausgewiesene jüdische Flüchtlinge befinden sich in Oswiecim. Einige Hundert dürften dieser Tage nach Ostgalizien zurückkehren.

Lettland.

Kopenhagen. (Lett. Inf. B.) Entgegen wiederholten Meldungen der deutschen Presse stellt die vom lettländischen Ministerium und vom Nationalrat beauftragte Untersuchungskommission fest, dass in Friedrichstadt keine Judenpogrome stattgefunden haben. Vereinzelte Exzesse wurden von Verbrechern, aber nicht nur gegen Juden verübt. Die Schuldigen sind verhaftet und strenge bestraft worden.

Die Bolschewistenherrschaft in Lettland.

Ein Rechtsanwalt der vom 15. Oktober 1918, bis 19. April 1919 in Riga weilte, stellt der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ folgenden Bericht über seine Erlebnisse zur Verfügung. Es heisst darin: Der Bolschewismus in Riga hat von Anfang an, einen stark lettisch-nationalistischen und antisemitischen Charakter angenommen. Verhaftungen, Konfiskationen, Zwangsarbeiten und Hinrichtungen wurden beinahe ausschliesslich an Juden und Deutschen vorgenommen. Als infolge Nationalisierung aller Unternehmungen und Geschäfte, alle gezwungen wurden, Staats- und Kommunalstellen anzunehmen, wurde der grösste Teil der jüdischen Angestellten entlassen und musste vor Hunger nnd Not zu Grunde gehen. Alle Stellen wurden beinahe ausschliesslich mit Letten besetzt. Nach Petersburg und Moskau gingen Berichte über die Judenverfolgungen in Lettland ab und der, zwecks Untersuchung nach Riga geschickte Professor der Petersburger Universität, Ocup, konnte sich von der Richtigkeit dieser Meldungen überzeugen. In der Riga'schen Zeitung erschien darauf nur eine offiziöse Erwiderung der lettischen bolschewistischen Regierung, worin behauptet wird, dass die Juden in Lettland genau so wie die Deutschen bolschewikenfeindlich sind. Trotz der vielen Juden in Riga, zählte die dortige jüdische Kommunistenpartei nur 15 Mitglieder. Der „Bund“ ist der grösste Gegner der Bolschewisten, weshalb auch seine Redner nicht zu öffentlichen Feierlichkeiten zugelassen wurden. Im Gefängnis hörte man stets das Wort „Jud“. In all den Städten, wohin sich unser Gewährsmann nach seiner Flucht aus Riga gewandt hat, wie Schöneberg, Birsen, Poswol, Pompjany und Poniewiesch wurde den Juden vorgeworfen, dass sie auf die „Weissen“ warten. In all diesen Städten war auch kein Jude in die bolschewistischen Vollzugsräte gewählt worden. Diese bestanden nur aus Letten und Litauern. Trotz alldem hatten die Juden von Poniewiesch Angst, dass die Litauer Judenpogrome veranstalten könnten, welche Furcht, — wie die weitern Vorkommnisse lehren, — tatsächlich begründet war. Die Litauer suchten statt nach eigenen Bolschewisten nur nach jüdischen. Auch in Dünaburg wo anfänglich einige Juden den Vollzugsrat angehört hatten, und wo auch das Verhalten der bolschewistischen Behörden ein verhältnissmässig humanes war, wurden im März alle Juden aus dem Vollzugsräten von den Letten verdrängt, obgleich in Dünaburg gegen 50% Juden und höchstens 10% Letten wohnen. Damit begann auch dort derselbe schreckliche Terror wie in Riga.

Litauen.

Obligationen mit jüdischer Aufschrift.

Am 15. Juli hat die litauische Regierung in Kowno auf 100 Rubel lautende Obligationsscheine herausgegeben. Ausser dem litauischen Text enthalten die Obligationen Aufschriften in folgenden 6 Sprachen: englisch, französisch, deutsch, polnisch, weissrussisch und *jüdisch.*

Kurland.

— In Libau hat die jüdische Gemeinde eine Palästina-Kommission eingesetzt. Vorsitzender ist Dr. N. *Katzenelsohn*, Sekretär *Salmanowitz.*

Tschecho-slovakischer Staat.

Das Urteil im Holleschauer Pogrom-Prozess.

Nach mehr als zweiwöchiger Dauer ging der Prozess gegen die Schuldigen am Holleschauer Pogrom zu Ende. Die zwei Hauptschuldigen wurden zu 15 resp. 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt. 11 weitere Personen erhielten 1-4 Jahre Kerker, einer wurde freigesprochen.

— Wie „Tribuna“ meldet, versendet das Gemeindeamt von Sternberg, einer bekannten Sommerfrische an

der Sazau, an die Realitätenbesitzer in der Gemeinde nachstehende Zuschrift: „Mit Beschluss des Gemeindeausschusses vom 19. Juli 1919 werden Sie in Kenntnis gesetzt, dass Sie keiner israelitischen oder deutschen Familie in Ihrem Hause eine Wohnung vermieten dürfen. Gemeindeamt des Marktes Böhm. Sternberg. Josef Paluska, Gemeindevorsteher.

(Jüd. Volksblatt, Mähr. Ostrau.)

— Der „Volksverband der Juden für die Slovakei" erlässt eine Subskriptionseinladung zur Gründung einer „Jüdischen Verlags-Aktiengesellschaft" in Bratislava (Preßburg), mit einem Aktienkapital von einer Million Kronen. Die Gesellschaft soll bereits im August unter Leitung von Dr. *Moritz Zobel* (früher Redaktor der „Allgemeinen Jüdischen Zeitung" in Budapest) unter dem Titel „Jüdische Volkszeitung" vorerst ein Wochenblatt herausgeben, das später zu einer Tageszeitung ausgestaltet werden soll.

— In *Bratislava* (Preßburg) wird die Errichtung einer *jüdischen Bank* für die Slovakei in Aussicht genommen.

Serbien.

Die Serben verbieten den jüdischen Handel?

Die rumänische Agentur Dacia meldet nach dem in Lugos erscheinenden Blatt „Banatul": Die Belgrader serbische Regierung hat den Juden streng untersagt, in den an den jugoslawischen Staat angegliederten Provinzen Handel zu treiben. Die Juden verlassen in grossen Massen Serbien. Dazu bemerkt die „Wr. Morgenzeitung". Man wird die Bestätigung dieser Meldungen abwarten müssen. Die serbische Regierung hat bisher keine antisemitischen Tendenzen verfolgt und ist eine plötzliche Kursänderung zumindest zweifelhaft.

— Die Prager Gesandschaft des Königreichs SHS ermächtigt das tschechische Preßbüro, diese von der rumänischen Agentur „Dacia" verbreitete Meldung, als völlig unrichtung zu erklären.

Rumänien.

Aus *Mármaros-Sziget* hört man von unaufhörlichen Gewalttaten der rumänischen Besatzungstruppen. Plünderungen am hellichten Tage bei friedlichen jüdischen Bürgern sind an der Tagesordnung. Infolge der Schrekkenstaten stockt der ganze Verkehr und jeder kann nur in dem Falle seinen Handel betreiben, wenn er sich einen rumänischen Kompagnon aquiriert. Es kommen Fälle vor, dass jemand den ersten rumänischen Soldaten anspricht und ihm sagt, dass dieser und jener sich über die Rumänen böswillig geäussert habe, worauf sofort die Verhaftung erfolgt. Bevor der Unschuldige freigelassen wird, muss er nicht selten die obligaten 25 Stockhiebe ertragen. (Jüd. Volksblatt, Mähr.-Ostrau.)

— Laut Berichten der „Wiener Morgenpost" gehen die rumänischen Truppen in *Mármaros-Sziget* mit Greueltaten und Räubereien gegen die dortigen Juden vor, wobei auch Todesfälle zu verzeichnen sind.

— In *Bukarest* wird vom 31. Aug. bis 2. Sept. eine Delegiertenversammlung aller zionistischen Organisationen Rumäniens abgehalten werden.

Ungarn.

Infolge der antisemitischen Hetze ist es auch an den Budapester Hochschulen zu Krawallen gekommen. An der Technischen Hochschule war es so arg, dass der Rektor mit der Einstellung der Vorlesuugen drohte, woraufhin ihm ein Komitee erklärte für Ruhe und Ordnung haften zu wollen, falls die Juden den Vorlesungen fernblieben. Der Rektor forderte daraufhin die jüdischen Hörer auf, die Vorlesungen einstweilen zu meiden. Als Antwort darauf haben die jüdischen Professoren dieser Hochschule ihre Vorlesungen eingestellt, welchem Beispiele auch die jüdischen Professoren der medizinischen Fakultät gefolgt sind.

Deutsch-Oesterreich.

Verein zur wissenschaftlichen Erforschung Palästinas.

Auf Anregung des Geographen Dr. *A. J. Brawer*, lud das Palästina-Amt eine Anzahl jüdischer Gelehrten und sonstige an der wissenschaftlichen Erforschung Palästinas interessierten Personen zu einer Vorbesprechung ein. Hierbei ergab sich der einmütige Entschluss, in Wien eine Zweigstelle des bekannten vor dem Kriege in Jerusalem gegründeten Vereins zu errichten und in den Aufgabekreis dieser Zweigstelle sowohl die rein wissenschaftliche Forschungsarbeit als auch die Popularisierung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse, sowie die einschlägige Beratung des Palästina-Amtes und anderer Palästinainteressenten aufzunehmen.

— Ein jüdisches Realgymnasium für Knaben und Mädchen in Wien wird aller Voraussicht nach, im September eröffnet werden können. Es ist geplant, mit der Unterstufe (vier Klassen) zu beginnen. Der Lehrplan enthält für alle Klassen einen entsprechenden obligaten Unterricht im Hebräischen; als zweite Sprache soll neben dem Lateinischen das Englische von der dritten Klasse an obligatorisch gelehrt werden.

Deutschland.

Reichsbürgerrecht für polnische Juden.

An zuständiger Stelle erfahren die P. P. N.: Der preussische Minister des Innern gibt in einem Erlass an die Regierungspräsidenten bekannt, dass im Gegensatz zu der bisher geübten Praxis, Einbürgerungsanträgen von aus Polen und Galizien stammenden Juden regelmässig stattzugeben ist, wenn sie in persönlicher Beziehung einwandfrei sind, bereits seit längerer Zeit in Preussen ansässig sind und eine auskömmliche Lebensstellung gefunden haben. (Berliner Lokalanzeiger.)

— Ein neuer Ministerialerlass stellt gegenüber der Ansicht, die Prüfung in der Religion sei auch für solche Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten wieder eingeführt, die nicht am Religionsunterricht teilnahmen, ausdrücklich fest, dass kein Schüler eine Prüfung in Religion abzulegen hat, der nicht am Religionsunterricht teilgenommen hat, falls er nicht eine Prüfung in diesem Fache für sich beantragt.

Frankreich.

Pariser Zionisten haben eine Gesellschaft namens „Eth liwnoth" gegründet, um billige Häuser in Palästina zu erstellen. Experten sind bereits nach Jaffa abgereist. — Ausserdem hat in Paris eine Gruppe Zionisten ein Projekt ausgearbeitet, um fertige hölzerne Häuser in Argentinien zu erwerben, um diese dann nach Palästina zu transportieren. Ein 4—5 Zimmerhaus dürfte mit den Transportkosten auf 6—8000 Francs zu stehen kommen.

England.

Die Abteilung für Handel und Industrie bei dem zionistischen Palästinadepartement in London versendet ein ausführliches Rundschreiben, in dem die Aufgaben dieses Amtes näher umschrieben werden. Das Amt wird privaten Gruppen und einzelnen Personen über die wirtschaftlichen Bedingungen Palästinas in ausführlichster Weise Informationen erteilen.

— Nach Londoner Meldung sammelten die jüdischen Legionäre des 40. Palästina-Bataillons 500 Pfd. Sterling für die Pogromopfer in Polen.

— Aus London wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Kürzlich fand hier — zum ersten Male in England — eine Konferenz der orthodoxen Jugend Englands statt, die von der „Sinai League“, die 22 Gruppen umfasst, einberufen wurde. Ansprachen wurden gehalten vom Chiefrabbi, Chacham Dr. Gaster, und anderen Führern der Orthodoxie in England. Es wurde beschlossen, eine rege Propagandatätigkeit zugunsten des „Sinai“ zu entwickeln. Die Organisation soll vollständig unabhängig arbeiten und sich jeglicher politischer Tätigkeit enthalten.

Türkei.

Konstantinopel. Sämtliche jüdischnationalgesinnten Kreise verlangen die Absetzung des Oberrabbiners Chaim Nahum, der auf ungesetzliche Weise sich sein Amt angeeignet und in den zehn Jahren seiner Tätigkeit als Autokrat gewaltet und die Interessen der Gemeinden so sehr vernachlässigt habe, dass sie heute verwahrlost sind. Nahum wird heute nur von den früheren Alliance-Schülern und den anderen assimilatorischen Kreisen gestützt. (Laut „Wiener Morgenpost“ soll diese Meldung, die den Kopenhagener Zion. Berichten entnommen ist, den Tatsachen nicht entsprechen. J. P. Z.)

— Der in *Smyrna* erscheinende „Nouvellista“ schreibt, daß der Gemeindepräsident von Smyrna, Boaz effendi Menaché, sich bei dem hohen griechischen Kommissar zu Gunsten der Juden von Aidin verwendet hat, die sich infolge der letzten Ereignisse in einer beklagenswerten Lage befinden. Mit Rücksicht hierauf hat der hohe griechische Kommissar, Estériadis, sofort Weisung gegeben, um die Uebersiedelung dieser Juden, sofern sie dies wünschen, auf Staatskosten nach Smyrna vorzunehmen. Er hat ihnen ebenfalls Hilfsgelder in Aussicht gestellt.

Südafrika.

Auf dem dritten Jahreskongress der südafrikanischen jüdischen Delegierten, der neulich in *Johannesburg* stattfand, wies der Vorsitzende Bernard Alexander energisch die Behauptung zurück, dass die Juden Südafrikas bolschewistisch wären. Seine Majestät habe keine loyaleren Bürger als die Juden. Er wiederlegte auch die Beschuldigung, dass die Juden während des Krieges nicht voll und ganz ihre Pflicht erfüllt hätten. Die hauptsächliche Debatte drehte sich um den jetzt dem Parlament vorgelegten Gesetzesentwurf, der die Verbesserung und Verlängerung des öffentlichen Wohlfahrts-Aktes vorsieht, dessen 4 Klausel sich auf die Registierung der Fremden bezieht, der von der Versammlung lebhaft verurteilt wurde. Der Entwurf wurde als ein gegen die Juden gerichtetes Gesetz bezeichnet und eine Resolution wurde gefasst, die gegen die Einführung des Registrationssystems aller Ausländer protestiert, da dasselbe eine Vergewaltigung der Rechte zahlreicher Juden bedeuten und den Status der Juden in Südafrika herabmindern würde.

(„The Zionist Record“, Johannesburg)

— Die südafrikanische Technische Hochschule in Johannesburg, die Universitätscharakter trägt, folgte dem Beispiel der Universität in Capetown und hat einen temporären Lehrstuhl für hebräische Sprache errichtet. Der Lehrauftrag wurde Rabbiner *Dr. J. L. Landau,* dem bekannten Hebraisten, übertragen. Sobald die nötigen Mittel sichergestellt und genügend Hörer anwesend sein werden, soll der Lehrstuhl stabilisiert werden.

Niederländisch Indien.

Die zionistischen Vereine in Semarang und Soerabaja haben sich, laut einer Mitteilung des Kopenhager Zion. Büros, zu einer Organisation „Niederländisch-Indischer Zionistenbund“ zusammengeschlossen. Ein dritter zionistischer Verein soll demnächst in *Batavia* ins Leben treten.

Korea.

Mr. Kwanyong *Lee,* Mitglied der Koreanischen Friedensdelegation in Paris, hatte die Freundlichkeit, dem Vertreter der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“, über die Juden in Korea folgende Einzelheiten zu geben: In Korea selbst leben nicht sehr viele Juden. Immerhin besteht in der Hauptstadt Séoul seit langem eine jüdische Kolonie, deren Mitglieder jedoch sowohl in Sprache als auch der Kleidung nach völlig den Koreanern assimiliert sind. Sie haben sogar den koreanischen Typus angenommen, sodaß man auf der Straße einen Juden von einem Koreaner gar nicht unterscheiden kann. Das einzige Erkennungszeichen für die Juden bildet ihr Namen. Im koreanischen oder im chinesischen gibt es nur einsilbige Namen. Wenn nun einer Sumon (= Simon) heißt, so weiss man, daß er ein Jude ist. Man hat den Grund der völligen Assimilation der koreanischen Juden damit zu erklären gesucht, daß die koreanisch-chinesische Kultur der jüdischen durch ihren Rationalismus sehr nahe stehe. Die Juden Koreas beschäftigen sich ausschließlich mit dem Handel und werden als äusserst tüchtige Geschäftsleute geschätzt. Ein wesentlicher Teil der kaufmännischen Mittelklasse in Korea besteht aus Juden, die völlige Gleichberechtigung geniessen. Die Juden nehmen auch den ihnen gebührenden Anteil am Staatsdienst, es gibt jüdische Soldaten und Offiziere, Richter, Aerzte, Lehrer und Staatsbeamte. Es wird überhaupt kein Unterschied zwischen Koreanern und Juden gemacht und der Antisemitismus ist den Koreanern vollständig fremd. Die Koreaner, die selbst unter der Fremdherrschaft der Japaner zu leiden haben und sich nach Selbständigkeit sehnen, wünschen dem jüdischen Volk aufrichtig die Verwirklichung seiner nationalen Bestrebungen.

Amerika.

— Aus New York wird gemeldet, daß Präsident *Wilson* im Gespräch mit jüdischen Führern, die ihm ihren Dank für seine Bestrebungen zu Gunsten des jüdischen Volkes ausdrückten, erklärt habe, daß sich in Bälde nach allen Ländern, in denen die Klausel über den Schutz der Minoritäten eingeführt werden soll, eine spezielle Kommission begeben wird, um die notwendigen Bedingungen für die Verwirklichung dieser Klausel vorzubereiten.

Konferenz jüdischer philantropischer Institutionen in New-York.

Am 1. September wird in New-York eine Konferenz der Vertreter aller Institutionen, die sich während des Krieges mit der Rettungsaktion für die jüdischen Kriegsopfer in Osteuropa und Palästina befasst haben, stattfinden. Ausser den Vertretern der amerikanischen Institutionen wurden auch die Vertreter ähnlicher europäischer Institutionen eingeladen. Die Konferenz wird auch die Frage der Organisierung von Hilfe für die jetzigen philantropischen Institutionen in der kritischen Nachkriegszeit behandeln.

— Die „News from Zionist Organization of Amerika" berichten, daß die hebräischen Lehrer, die sich für die kulturelle Entwicklung Palästinas interessieren, in New York eine Organisation gebildet haben, die mit dem Erziehungs-Departement der zionistischen Föderation zusammenarbeitet. In einer Versammlung zeigte sich, dass bereits eine grosse Anzahl für Palästina geeigneter Lehrer vorhanden ist. Die Lehrerorganisation wird das Erziehungswesen in Amerika überwachen und Erfahrungen sammeln.

Palästina.

Palästina als Rohstoffgebiet.

Die Handelsbeilage der „Times" besprach kürzlich die wirtschaftlichen Aussichten Palästinas. Nach eingehender Behandlung der noch vorhandenen landwirtschaftlichen Möglichkeiten, wird auf die im Lande befindlichen organischen und mineralen Rohstoffe hingewiesen. Das Land erzeuge bedeutende Mengen feinsten *Olivenöls*, das ausser zu Speisezwecken auch für den Export und zur Fabrikation vorzüglicher Waschseifen Verwendung findet. Der berühmte australische *Eukalyptus* gedeiht in Palästina vorzüglich. Der *Maulbeerbaum* ist dort ebenso wie in Syrien heimisch und ermöglicht eine ausgedehnte *Seidenkultur*. *Zuckerrohr* und *Baumwolle* können in den subtropischen Jordanniederungen stark vermehrt werden, wenn auch die große Nähe Aegyptens mit seinen ausgedehnten Baumwoll- und Zuckerrohr-Plantagen eine solche Kultur in Palästina etwas benachteiligen müsste. Alle diese Reichtümer sind noch starker Vermehrung und Verfeinerung fähig und bieten für die Gründung entsprechender Industrien aussichtsreiche Möglichkeiten. Was den *Mineralreichtum* Palästinas anbetrifft, so ist die geologische und namentlich mineralogische Struktur des Heiligen Landes noch eine ziemliche terra incognita. Immerhin soll daran erinnert werden, daß Palästina einst eine stark ausgebaute eigene *Metallindustrie* besaß und daß auch heute dem Touristen fast überall *Schwefel*, *Gips* und *Quarzlager* begegnen, auch *Alabaster* ist nicht selten. Ausgedehnte Schichten von *Pottasche*, verschiedene *Brom-* und *Jod-Zusammensetzungen* sind neben *Petroleumquellen* an den Abhängen des Toten Meeres vorhanden. Die *Asphaltmassen* im Judäischen Gebirge und am Toten Meere ermöglichen in der Zukunft eine einträgliche Industrie. Auch *Phosphatadern* und *Basaltsteine* kommen in bedeutenden Mengen vor. Der Basaltstein, der heute nur als Baustein gebraucht wird, kann auch zu industrieellen Zwecken verwendet werden, da er bis zu 20 Prozent reines Eisen enthält. Daneben kommt auch der *Wasserreichtum* und das starke Gefälle der Wasserläufe in Betracht, die zu Kraft- und Beleuchtungszwecken für das ganze Land verwertet werden könnten. Alles in allem kann gesagt werden, daß Palästina unter der kommenden modernen Verwaltung eine förmliche wirtschaftliche Revolution durchzumachen berufen ist, die ihm in einigen Jahren ermöglichen wird, auf dem Weltmarkt eine nicht unangesehene Stellung einzunehmen und sowohl als Produzent wie als Abnehmer für Westeuropa und Vorderasien in Betracht zu kommen.

— Die Egyptian Bonged Warehouses Co. gibt soeben in einem Zirkular bekannt, dass sie von der englischen Okkupations-Armee die Genehmigung erhalten hat, im Haifaer Hafen Lagerräume für Waren zu errichten. Es handelt sich um eine bedeutende kommerzielle Konzession, vielleicht die erste, die in Palästina nach der Besetzung erteilt wurde. Die genannte Gesellschaft arbeitet bereits mehr als 30 Jahre in Aegypten und verfügt über grosse Lagerräume in Alexandrien, Cairo, Suez und Port-Said.

Wohnungswucher in Jaffa.

Infolge fortwährender Erhöhung der Wohnungspreise in Jaffa haben die dortigen Mieter zu ihrem Schutze einen Mieterverein gegründet. Laut neuesten Nachrichten hat die Okkupationsbehörde ein Mieterschutzgesetz erlassen, wonach jede weitere Steigerung der Wohnungspreise verboten wird.

— Führende Kreise der palästinensischen Arbeiter-Organisation Hapoel Hazair beabsichtigen sich an die Leitung der zionistischen Organisation mit der Forderung zu wenden, ihnen eine Vertretung im Engeren Aktionskomitee zu gewähren. Diese Angelegenheit wird jetzt in den palästinensischen Organen des Hapoel Hazair lebhaft diskutiert.

— Wie wir von zuständiger Seite erfahren, überwiesen die jüdischen Legionäre in Palästina 10.000 schwedische Koronen auf telegrafischem Wege dem Jüdischen Preßbüro in Stockholm, mit der Bestimmung, unverzüglich jüdische Selbstwehren in Polen zum Schutze der jüdischen Bevölkerung gegen Pogrome zu bilden und auszurüsten.

— Die englische Militärverwaltung in Palästina gibt bekannt, dass Gesuche wegen Einreiseerlaubnis nach Palästina und Syrien (für Verwandte, die nach diesen Ländern zurückkehren wollen) nicht mehr an die Militärverwaltung oder an die Kanzlei des Militärgouverneurs zu richten sind. Die Personen, die nach Palästina oder Syrien zurückkehren wollen, haben ihre Gesuche beim britischen Konsul ihres Ortes einzureichen, der dieselben an die entsprechenden Instanzen weitergeben wird.

Schweiz.

Konferenz der schweiz. ostjüdischen Organisationen.

Die für den 17. und 18. August anberaumte Konferenz der schweiz. ostjüdischen Organisationen (siehe „J.P.Z." No. 47 und 48) wurde vertagt und dürfte erst in 2—3 Monaten stattfinden.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Im September soll in Zürich eine unparteiische religiös-nationale hebräische Monatsschrift „Hajarden" für Literatur, Palästina und andere jüdische Zeitfragen und Probleme, zu erscheinen beginnen.

— Im Verlag des Zentralbureaus der Agudas Jisroel, Zürich, erschien soeben „Der Zusammenschluss der Thoratreuen", zwei Referate von Jakob Rosenheim.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich